

# Das Privatmonopol in der chemischen Industrie.

Es sprechen viele Anzeichen dafür, daß der Krieg eine stark beschleunigte Konzentration des Kapitals zur Folge haben wird. Der Krieg führt wahrscheinlich, neben der Zerstörung gewaltiger Kapitalwerte, zu einer Konzentration des Kapitalbesitzes. Zwar ist der Satz, daß der Krieg die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer mache, nur mit starken Einschränkungen richtig. Denn auch der große Besitz und oft gerade er. (man denke z. B. an den Ueberseehandel mit seinen gewaltigen ausländischen Außenständen und vieles andere) wird durch den Krieg vielfach Einbußen erleiden, während andererseits aus Kriegsgewinn mannigfaltigster Art zahlreiche neue Vermögen sich bilden, die auch von den Kriegsteuern nur unvollkommen zurückgeschritten werden dürften. Aber im allgemeinen werden unter den wirtschaftlichen Kriegseinbußen doch die mittleren und kleineren Existenzen schwerer leiden als die großen. Sie zehren vielfach ihre Ersparnisse auf; und ihre kleineren Betriebe, die sich weniger leicht umstellen können, und die, wenn der Betriebsleiter unter den Fahnen steht, oft ganz eingestellt werden müssen, sinken schneller, während der große Besitz sehr oft viel leichter die Möglichkeit der Anpassung und der Gewinnsteigerung findet, im städtischen Gewerbe ebenso wie im landwirtschaftlichen Betrieb. Der Krieg konzentriert den Kapitalbesitz in einer relativ kleineren Zahl von Händen. Das ist das eine. Das zweite aber, was vielleicht noch viel folgenschwerer sein wird, ist, daß der Krieg die Tendenz beschleunigt, das Kommando über das Kapital und damit auch über die Arbeit bei einer allmählich immer kleiner werdenden Zahl von leitenden Personen und Stellen zusammenzuführen. Das war ja schon vor dem Kriege die Richtung der deutschen Entwicklung. Weniger als z. B. in England oder in den Vereinigten Staaten war bei uns die Entwicklung zum Großbetrieb durch die Zusammenballung riesiger Einzelvermögen in einzelnen Händen vor sich gegangen, viel mehr durch die Vergesellschaftung des Kapitals, das durch die Aktienform oder durch den Bankkredit aus zersplittertem Einzelbesitz herangeholt und zu einheitlichem Wirken zusammengefaßt wurde. Die Aktiengesellschaft, bei der der Aktionär (der eigentliche Unternehmer und Arbeitgeber!), wenigstens bei mäßigem Aktienbesitz nichts als ein einfacher, einflußloser Rentenbezieher ist, während die Leiter der Produktion eine immer größere Macht über den Markt, über die Angestellten und die Arbeiter erhalten — das war in den letzten Jahrzehnten in großen Zügen der Schrittmacher bei unserem Rennen um den wirtschaftlichen Erfolg, und zwar mit der Tendenz zu immer größerer Zusammenballung, Kartellierung und Verschmelzung, zum Aufbau immer größerer, unter einheitlichem Kommando stehender Wirtschaftsgebilde, die in der vertikalen Ausdehnung einen ganzen Produktionsprozeß vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat zu umfassen bestrebt waren, oder die durch horizontale Ausdehnung und Verschmelzung mit Unternehmungen der gleichen Art einen bestimmten Industriezweig mehr oder minder monopolistisch zu beherrschen sich bemühten. Diese Entwicklung erfährt durch den Krieg einen neuen starken Anstoß. Die Selbstkosten zu ermäßigen, um gut und billig zugleich zu produzieren und dadurch dem verschärften Wettbewerbe zu begegnen, der nach dem Kriege in der ganzen Welt droht, das wird überall die Lösung, und der arbeitsteilige Großbetrieb, der jeden Betriebsvorgang zu rationalisieren und jede kleinste Möglichkeit im großen auszunutzen Vermag, wird vielfach das Mittel dazu sein. Gleichzeitig aber wächst die Neigung zur Beschränkung der Konkurrenz, die Neigung zur Herstellung oder Festigung der Monopolmacht, die Neigung zum Zusammenschluß, durch den man sich einen Teil der bisherigen Gegner zu Verbündeten macht, mit deren Hilfe man dann die verbleibenden Gegner um so eher abwehren oder beseitigen zu können hofft. Der Krieg fördert die Konzentration des Kommandos über Kapital und Arbeit. Er beschleunigt die Tendenz zum Großbetriebe, zur Fusionierung, zur Kartellierung, zur Monopolbildung. Die Vorgänge in der deutschen chemischen Industrie, die vor einigen Wochen angekündigt wurden, und die jetzt auch die Sanction der wichtigsten Generalversammlungen erhalten haben, sind darum nicht nur von einschneidender Bedeutung an sich, sondern von symptomatischer Wichtigkeit überhaupt.

Worum es sich handelt, ist im Handelsteil unseres Blattes wiederholt eingehend dargelegt worden. Die chemische Großindustrie Deutschlands ist schon seit 1905 in zwei große Gruppen zusammengefaßt: in die Gruppe der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, der Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Co. in Leverkusen, und der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin einerseits, sowie in die Gruppe der Höchst Farbwerke, der Firma Leopold Cassella G. m. b. H. in Frankfurt a. M. und der Aktiengesellschaft Kalle u. Co. in Biebrich am Rhein andererseits. Beziehungen zwischen den beiden Gruppen, Verabredungen für einzelne Produkte bestanden auch bisher schon. Jetzt tun sie den letzten entscheidenden Schritt: sie fügen sich untereinander und mit zwei noch außenstehenden Werken, den Chemischen Werken vorm. Weiler-ter Meer in Werdingen und der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, auf fünfzig Jahre zu einer Interessengemeinschaft, deren acht Glieder gegenseitig Erfahrungen austauschen, auf dem Markte miteinander gehen, statt sich gegenseitig Konkurrenz zu machen, und die Gewinne nach einem festen Schlüssel miteinander teilen. Das ist formell kein Trust, bei dem die

Anteile aller verschmolzenen Gesellschaften gegen Trustaktien umgetauscht würden, sodas es statt der acht künftig nur noch eine einzige Gesellschaft in einer einzigen Firma gäbe; es ist vielmehr der Form nach ein Vertrag zwischen selbständigen und ihre Selbständigkeit im Rahmen des Vertrages bewahrenden Unternehmungen, die sich nur verbünden, nicht unlösbar verschmelzen. Aber praktisch ist es daselbe wie ein Trust, es ist die Herstellung des faktischen Monopols, und zwar eines Monopols mit einer Kapitalkraft, wie man sie in solcher Zusammenballung bisher in Deutschland nicht gekannt hat. Zwar haben die acht vereinigten Unternehmungen in Aktienkapital, offenen Reserven und Anleihen nominell nur ein Kapital von nicht ganz 350 Millionen Mark. Aber ihre inneren Reserven sind außerordentlich viel größer; bewertet man das Kapital nach den Börsenkursen der Aktien, so erhält man eine Summe von mehr als einer Milliarde Mark, die jetzt hier zu geschlossenem Vorgehen vereinigt ist.

Nach der äußerst knappen Begründung, die die Leitungen der acht Gesellschaften öffentlich ihrem Vorgehen gegeben haben, ist dessen Zweck die Verteidigung, die Abwehr gegen die im Laufe des Krieges sowohl in den feindlichen Ländern wie bei manchen Neutralen unternommenen Versuche, der deutschen chemischen Industrie ihre Vormachtstellung auf dem Weltmarkte streitig zu machen. In England und auch in Japan hat man die Errichtung eigener chemischer Werke durch Hergabe billiger Staatsgelder zu fördern gesucht, in Frankreich, Rußland, in den Vereinigten Staaten und Kanada werden Zollpläne erörtert, in den beiden letztgenannten Ländern auch Dumping-Gesetze, die das Unterbieten der dortigen Werke durch ausländische Unternehmungen verhindern sollen. Die deutsche chemische Industrie muß also ihren Absatz verteidigen, und das ist ein außerordentlich großes Interesse, nachdem im Jahre 1913 ihre Gesamtausfuhr bei 430 Millionen Mark Einfuhr auf 956 Millionen Mark, die Ausfuhr in Farben und Farbwaren allein bei nur 21 Millionen Mark Einfuhr auf 298 Millionen Mark gestiegen war. Sie muß ferner ihre Außenstände und ihre ausländischen Unternehmungen schützen, Interessen, in denen weit über 100 Millionen Mark investiert sein dürften. Sie muß endlich ihre Exportorganisation nach dem Kriege neu aufbauen. Und sie ist der Meinung, daß alles dies besser, sicherer und mit geringeren Opfern möglich sein werde, wenn man zusammengeht, statt sich zu bekämpfen, wenn man den erreichbaren Absatz unter sich teilt, statt sich gegenseitig die Preise zu werfen, wenn man miteinander arbeitet, um das deutsche Fabrikat in einer Qualität und zu Preisen im Auslande anbieten zu können, daß die ausländische Konkurrenz auch bei aller staatlichen Beherrschung und bei allem Schutz Zoll dagegen nicht aufkommen kann.

Weil dies der Zweck ist, deshalb bemüht man sich auch, durch die Einzelheiten des Vertrages des Gefahr vorzubauen, die jede Monopolbildung in sich schließt, daß nämlich durch sie der technische Wettbewerb und damit der technische Fortschritt lahm gelegt werde. Um das zu verhindern, bleiben die Laboratorien und Einrichtungen bei jeder Fabrik unverändert bestehen; die einzelnen Werke bleiben auch unabhängig für die Erwerbung neuer Patente; die Herstellung eines jeglichen Produktes soll an mindestens zwei Stellen erfolgen, um so den Ehrgeiz der Betriebsleiter für eine möglichst billige Herstellung anzuspornen; es sollen auch die Chemiker und Direktoren jedes Werkes ausschließlich aus den Erträgen ihres eigenen Werkes bezahlt werden, damit sie an dessen Leistungsfähigkeit auch weiterhin finanziell interessiert bleiben. Den Drang zur höchsten technischen, wissenschaftlichen und fabrikatorischen Leistung hofft man also auf diese Weise zu erhalten, und will nur durch Austausch der Erfahrungen alle Fortschritte dem gemeinsamen Nutzen dienlich machen.

Das klingt weischaudend und wird sich hoffentlich auch bewähren. Aber darüber darf man sich natürlich nicht täuschen: die schweren inneren Gefahren jeder Monopolbildung sind damit nur insoweit beseitigt, wie sie dem Gewinnstreben der monopolisierten Industrie selbst gefährlich werden können. Es bleibt dagegen alles das, was derartige großkapitalistische Monopole zu einer ernststen volkswirtschaftlichen und sozialen Gefahr und damit zu einer der schwersten und dringendsten — von Regierung und Volksvertretung in Deutschland allerdings bisher in ihrer schweren Dringlichkeit durchaus nicht erkannten — staatspolitischen Aufgaben macht: die Ausschaltung jeder Gewerbefreiheit, die soziale Uebermacht über Angestellte und Arbeiter, die unumschränkte Herrschaft über die Verbraucher und die Möglichkeit zur rücksichtslosen Ausnutzung dieser Herrschaft.

Von Gewerbefreiheit ist in der chemischen Großindustrie allerdings auch schon vorher nicht mehr viel die Rede gewesen. Die beiden großen Konzerne waren auch schon jeder für sich derartig mächtig, daß sie allein durch das Schwergewicht ihrer Kapitalkraft jeden Versuch eines neu Aufkommenden, sich neben sie zu stellen, erdrücken konnten. Immerhin, so lange es zwischen ihnen selbst noch Rivalitäten gab, gab es auch noch beschränkte Möglichkeiten für Dritte. Auch das hört jetzt auf. Es gibt künftig keine deutsche Konkurrenz mehr, die sich außerhalb des Monopols entwickeln könnte, es gibt nur noch Entwicklungen im Monopol, das damit auch die Entwicklung selbst monopolisiert. Die Möglichkeit zur freien Betätigung auf diesem Felde menschlicher Arbeit ist dahin, noch endgültiger als vorher schon. Und vor allem die Chemiker selbst werden das empfinden: in dieser Industrie, die durch eine im Auslande viel bewunderte und viel beneidete Verbindung von Wissenschaft und Unternehmertum

ihren nirgends sonst erreichten hohen Stand erklimmen hat, macht das so groß gewordene Unternehmertum die Wissenschaft endgültig zu seiner Dienerin, indem es ihren Jüngern jede Möglichkeit nimmt, auf dem speziellen Felde des Monopols mit anderen Unternehmern als mit ihm sich zu verbinden und auch nur aus den beschränkten Möglichkeiten des bisherigen Wettbewerbs der beiden Gruppen noch einen Rest von Freiheit sich zu sichern. Wohl wird in der Begründung des Monopolplans sehr ausdrücklich betont, daß die einzelnen Werke gerade auch in Bezug auf die Beamten und Arbeiter ihre Selbständigkeit und Handlungsfreiheit behalten, daß also die Anstellung der Chemiker, Beamten usw. auch weiterhin von jedem Werk selbständig vorgenommen werden soll. Aber über die Tragweite dieser Bestimmung wird sich niemand einer Illusion hingeben: es ist nur menschlich, daß die Direktoren der verbündeten Werke viel mehr als auf die Förderung einzelner ihrer Angestellten darauf bedacht sein werden, sich untereinander nicht zu ärgern. Und die Verbraucher? Die Öffentlichkeit ist bisher mit Klagen über die Preisstellung der beiden Bünde in der chemischen Großindustrie viel weniger befaßt worden als mit Klagen über andere Monopole, der Kohle, des Eisens usw. Das hat mancherlei Gründe, die Mannigfaltigkeit der Produkte, das Fehlen eines offenen Marktes mit freien Weltmarktpreisen, vor allem aber den, daß die verarbeitenden Industrien (die Textilindustrie zum Beispiel) in erster Linie nur daran interessiert sind, daß ihre Konkurrenz die Farben usw. nicht billiger als sie selbst halte: ist das nicht der Fall, dann zahlen sie, wenn es sein muß, auch sehr hohe Preise, die sie abwälzen können, und der eigentlich Zahlende, der Verbraucher, ist ebenso schußlos wie unfähig zur Verteidigung und auch nur zur Kontrolle. Das würde sofort anders werden, wenn etwa künftig das Monopol nach bekannten Mustern ins Ausland billiger als im Inlande veräußert würde. Und es würde vielleicht auch anders werden, wenn die neue Interessengemeinschaft etwa jetzt, nachdem der Wettbewerb unter den beiden älteren Konzernen ausgeschaltet ist, das Monopol noch viel schroffer als bisher schon ausnützen wollte. Einzuweisen sollte man annehmen, daß die Leiter des Monopols klug genug sein werden, den Bogen nicht zu überspannen. Denn die Werke haben ja auch bisher schon eine ganz außerordentlich hohe Rente aus ihrer überragenden Stellung gezogen. Sie haben nicht nur enorme Dividenden verteilt, sondern darüber hinaus auch noch gewaltige Reserven aufgespeichert, derart, daß ihre Industrie sich von jedem Bankeinbruch so frei halten konnte, wie es nur ganz selten sonst in Deutschland möglich war.

Und die Organisation der Gesamtinteressen, das Reich? Es steht der neuen Monopol-Bildung so teilnahmslos gegenüber wie allen früheren sonst, weil eben überhaupt bei uns der Staat gegenüber den gewaltigen Problemen der großkapitalistischen Entwicklung noch keine Stellung gefunden hat. Das hat sich am schärfsten beim Problem der Kohle gezeigt: hat doch da das Reich selbst (und Preußen) im Herbst vorigen Jahres die schwer erschütterte Monopol-Organisation, das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat, durch sein Eingreifen fester als je aufgerichtet, ohne auch nur den Versuch zu machen, andere Interessen als die der Unternehmer darin zur Geltung zu bringen. Wir haben damals (im 1. Morgenblatt vom 17. August 1915) der Öffentlichkeit einen Vorschlag unterbreitet, wie man das Kohlsyndikat, ohne den Drang zu möglichst rationaler Produktion und ohne die kaufmännisch-geschickte Leitung zu gefährden, nach dem Muster der Kriegsernteorganisation in einen gemeinwirtschaftlichen Betrieb überführen könnte, in dem neben den Interessen der Kapitalgeber auch diejenigen der Arbeiter und der Verbraucher (repräsentiert durch Wortführer der verarbeitenden Industrie, der Eisenbahn und der Schifffahrt, der Kommunen als der Hauptverbrauchszentren, der Landwirtschaft und des sachkundigen Handels) sich geltend machen könnten. Aber der Reichstag hat das Problem überhaupt nicht berührt. In Oesterreich ist man da vorgeschrittener. Dort versucht man jetzt Organisationsformen, die mit unserem damaligen Vorschlag manche Ähnlichkeit haben, gerade auch mit dem Gesichtspunkt, die Leitung einer straff zentralisierten Industrie nicht einfach dem Gewinnstreben der Unternehmer zu überlassen, sondern auch dem Staate und den Verbrauchern eine „Ingerenz“, wie man dort sagt, zu ermöglichen. Auch in Deutschland sollte man sich um diese Dinge allmählich mit mehr Ernst als bisher kümmern. Denn das Verhältnis des Staates zu den großkapitalistischen Riesenbetrieben wird doch einmal unter anderen Gesichtspunkten als dem sehr bequemen, aber nicht vorwärtsführenden des laissez faire angepaßt werden müssen. Je länger man aber damit zögert, desto schwieriger wird es werden. Das Reich hätte gerade jetzt unter dem Einfluß des Krieges die Initiative ergreifen können, der chemischen Großindustrie eine gemeinwirtschaftliche Organisation zu geben. Da man alles der Industrie selbst überließ, ist nichts anderes herausgekommen als ein neues für die Verteidigung der sehr wichtigen Weltmarktstellung hoffentlich nützlich, aber im Inneren tiefeinschneidendes Privatmonopol.